



Oberverwaltungsgericht der Freien Hansestadt Bremen

OVG: 2 B 235/20

VG: 4 V 675/20

Beschluss

In der Verwaltungsrechtssache

– Antragsteller und Beschwerdeführer –

Prozessbevollmächtigte:

g e g e n

die Freie Hansestadt Bremen, vertreten durch den Senator für Inneres,
Contrescarpe 22 - 24, 28203 Bremen

– Antragsgegnerin und Beschwerdegegnerin –

Prozessbevollmächtigter:

hat das Oberverwaltungsgericht der Freien Hansestadt Bremen - 2. Senat - durch Richter Dr. Maierhöfer, Richter Traub und Richterin Stybel am 08.01.2021 beschlossen:

Die Beschwerde des Antragstellers gegen den Beschluss des Verwaltungsgerichts der Freien Hansestadt Bremen – 4. Kammer – vom 22.07.2020 wird zurückgewiesen.

Der Antragsteller trägt die Kosten des Beschwerdeverfahrens.

Der Streitwert wird auch für das Beschwerdeverfahren auf 2.500 Euro festgesetzt.

Der Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe für das Beschwerdeverfahren wird abgelehnt.

Gründe

I. Der Antragsteller begehrt die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung seiner Klage gegen seine Ausweisung aus der Bundesrepublik Deutschland für 3 Jahre und die Androhung der Abschiebung in den Kosovo, hilfsweise den Erlass einer einstweiligen Anordnung, mit der die Antragsgegnerin verpflichtet werden soll, ihn bis zum Abschluss bestimmter familiengerichtlicher Verfahren betreffend das Umgangs- bzw. Sorgerecht und die Vaterschaftsfeststellung zu dulden.

Der 1984 geborene Antragsteller ist kosovarischer Staatsangehöriger. Nach eigenen Angaben ist er im Kosovo acht Jahre zur Schule gegangen und hat dort eine Ausbildung zum Metallbauer abgeschlossen. Nach Feststellungen des Landgerichts Verden in einem Urteil vom 19.09.2017 leben im Kosovo die Mutter und vier Geschwister; ein Bruder lebt in Deutschland. Im Jahr 2009 oder 2010 ist der Antragsteller nach Deutschland eingereist. Im Januar 2011 wurde sein erstes Kind geboren, ein Sohn, der die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Am 12.11.2012 wurde dem Antragsteller eine Aufenthaltserlaubnis nach § 28 Abs. 1 Nr. 3 AufenthG zu Ausübung der elterlichen Sorge erteilt; diese wurde einmal bis zum 16.09.2022 verlängert. Der Sohn ist seit März 2017 in einer Pflegefamilie untergebracht. Er hat Umgangskontakte zur Mutter. Der Antragsteller hat ihn nach eigenen Angaben (vgl. AG Bremen, 62 F 1828/20 UG, Bl. 53) seit knapp drei Jahren nicht mehr gesehen. Am 24.06.2020 hat sich der Antragsteller wegen eines Umgangsrechts mit seinem Sohn an das Familiengericht gewandt. Am 11.11.2020 wurde vor dem Familiengericht vereinbart, dass der Antragsteller zunächst Briefkontakt aufnimmt und später in Absprache mit dem Jugendamt begleitete Umgangskontakte stattfinden sollen. Der Antragsteller strebt nach eigenen Angaben an, das Sorgerecht übertragen zu bekommen und den Sohn in seinem Haushalt aufzunehmen.

Im März 2012 verurteilte das Amtsgericht Bremen den Antragsteller wegen Erschleichens von Leistungen in drei Fällen, begangen bis November 2011, zu einer Geldstrafe von 20 Tagessätzen.

Im November 2013 verurteilte ihn das Amtsgericht Bremen wegen eines im Juli 2012 begangenen Verstoßes gegen das Aufenthaltsgesetz zu einer Geldstrafe von 15 Tagessätzen.

Im Februar 2014 verurteilte das Amtsgericht Bremen den Antragsteller wegen zwei bis August 2013 begangenen Verstößen gegen das Gewaltschutzgesetz und behielt die

Verhängung einer Geldstrafe von 25 Tagessätzen vor. Die Geldstrafe wurde im November 2015 verhängt.

Im September 2015 verurteilte das Amtsgericht Bremen den Antragsteller wegen fahrlässigen Fahrens ohne Fahrerlaubnis, begangen im Juli 2015, zu einer Geldstrafe von 20 Tagessätzen.

Im April 2016 verurteilte ihn das Amtsgericht Verden wegen einer im Januar 2015 begangenen Beihilfe zum versuchten Einbruchsdiebstahl in Tateinheit mit Beihilfe zum Hausfriedensbruch in Tateinheit mit fahrlässigem Fahren ohne Fahrerlaubnis zu einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen.

Spätestens im Januar 2016 schloss sich der Antragsteller mit zwei Mittätern zusammen, um gemeinschaftlich, teilweise unter Mitwirkung weiterer Täter, über mehrere Monate hinweg in Dienst- und Geschäftsräume von Gewerbebetrieben einzubrechen, um dort Dinge (insbesondere Tresore samt Inhalt und Tabakwaren) zu stehlen. Damit sollte für eine gewisse Dauer eine finanzielle Lebensgrundlage geschaffen werden. In diesem Rahmen drangen sie am 29.05.2016 in ein Tabakgeschäft ein, wo sie Tabakwaren, Feuerzeuge, Alkoholika und Bargeld im Wert von ca. 23.000 Euro entwendeten. Am frühen Morgen des 06.06.2016 drangen sie in eine Gaststätte in Bremen ein und entwendeten einen Tresor, in dem sich Gutscheine, Briefmarken und Bargeld im Wert von insgesamt ca. 10.000 Euro befanden. Ebenfalls am frühen Morgen des 06.06.2016 drang die Bande in eine Waschstraße in Bremen ein, wo sie einen Tresor mit Bargeld in Höhe von ca. 15.000 Euro mitnahmen. Bei dem Versuch, die entwendeten Tresore am Nachmittag desselben Tages zu öffnen, wurden der Antragsteller und seine Mittäter festgenommen. Für diese Taten wurde der Antragsteller vom Landgericht Verden am 19.09.2017 wegen schweren Bandendiebstahls in drei Fällen zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 2 Jahren und 7 Monaten verurteilt. Diese Strafe verbüßte er von September 2018 bis zum Erreichen des Endstrafentmins im November 2020. Einen Antrag auf Entlassung zum 2/3-Zeitpunkt und Aussetzung der Reststrafe zur Bewährung nach § 57 Abs. 1 StGB hatte das Landgericht Bremen mit Beschluss vom 18.06.2020 abgelehnt.

Am 24.07.2018 wurde die Tochter des Antragstellers von seiner Lebensgefährtin geboren. Das Kind und seine Mutter sind bulgarische Staatsangehörige. Verfahren auf Feststellung der Vaterschaft und ein gemeinsames Sorgerecht sind derzeit beim Familiengericht anhängig, da es während der Inhaftierung des Antragstellers aufgrund der Corona-Pandemie nicht möglich war, entsprechende Erklärungen in der JVA vom Jugendamt beurkunden zu lassen. Das Jugendamt hat dem Familiengericht am 24.09.2020 mitgeteilt,

dass inzwischen eine Vaterschaftsanerkennung und Sorgerechtsklärung in seinen Räumlichkeiten möglich sei. Die Kindsmutter habe aber bei einer Vorsprache im Jugendamt am 26.08.2020 erklärt, sich das noch überlegen zu wollen (vgl. AG Bremen-69 F 1829/20 SO, Bl. 16). Letzteres bestreitet der Antragsteller. Nach einem Schreiben des Familiengerichts vom 02.12.2020 soll im Vaterschaftsfeststellungsverfahren ein Abstammungsgutachten eingeholt werden.

Mit Bescheid vom 03.05.2019 wies die Antragsgegnerin den Antragsteller für die Dauer von drei Jahren aus der Bundesrepublik Deutschland aus und drohte ihm die Abschiebung in den Kosovo an. Seine hiergegen erhobene Klage ist noch unter dem Az. 4 K 974/19 beim Verwaltungsgericht der Freien Hansestadt Bremen anhängig. Nachdem die Antragsgegnerin mit Schreiben vom 03.04.2020 die sofortige Vollziehung der Ausweisung und Abschiebungsandrohung angeordnet hatte, hat der Antragsteller am 14.04.2020 die Gewährung einstweiligen Rechtsschutzes beantragt. Das Verwaltungsgericht hat den Antrag mit Beschluss vom 22.07.2020 abgelehnt. Hiergegen richtet sich die Beschwerde des Antragstellers.

Am 27.07.2020 hat der Antragsteller überdies einen Asylantrag gestellt. Dieser wurde mit Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vom 09.10.2020 als offensichtlich unbegründet abgelehnt, es wurde festgestellt, dass Abschiebungshindernisse nach § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG nicht vorliegen, dem Antragsteller wurde eine einwöchige Ausreisefrist gesetzt und die Abschiebung in den Kosovo angedroht. Die Vollziehung der Abschiebungsandrohung und der Lauf der Ausreisefrist wurden bis zur Bekanntgabe einer ablehnenden Entscheidung des Verwaltungsgerichts über einen Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO ausgesetzt. Die Klage des Antragstellers gegen den Bescheid des Bundesamtes und sein Antrag auf Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes sind noch beim Verwaltungsgericht der Freien Hansestadt Bremen anhängig (7 K 2298/20 und 7 V 2299/20).

Seit dem 01.12.2020 ist der Antragsteller in Vollzeit im Gartenbaubetrieb seines Bruders beschäftigt.

II. Die zulässige Beschwerde, bei deren Prüfung der Senat auf die dargelegten Gründe beschränkt ist (§ 146 Abs. 4 Satz 6 VwGO), ist unbegründet.

1. Der Senat setzt das Verfahren nicht, wie vom Antragsteller beantragt, bis zum Abschluss der familiengerichtlichen Verfahren über das Umgangsrecht für den Sohn sowie die

Feststellung der Vaterschaft und Regelung des Sorgerechts für die Tochter des Antragstellers aus.

Nach § 94 VwGO kann das Gericht das Verfahren aussetzen, wenn die Entscheidung des Rechtsstreits ganz oder zum Teil von dem Bestehen oder Nichtbestehen eines Rechtsverhältnisses abhängt, das den Gegenstand eines anderen anhängigen Rechtsstreits bildet. Der Senat lässt offen, ob § 94 VwGO in Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes anwendbar ist (dagegen z.B. Bamberger, in: Wysk, VwGO, 3. Aufl. 2020, § 94 Rn. 1; dafür Rennert, in: Eyermann, VwGO, 15. Aufl. 2019, § 94 Rn. 2). Jedenfalls übt er sein Ermessen im vorliegenden Fall dahingehend aus, das Verfahren nicht auszusetzen. Bezüglich der Tochter kann für die Bedürfnisse des vorläufigen Rechtsschutzverfahrens unterstellt werden, dass der Antragsteller, ihr Vater, in familiärer Lebensgemeinschaft mit ihr lebt und in Kürze ein gemeinsames Sorgerecht erhalten wird. Dafür gibt es angesichts der entsprechenden Erklärungen der Kindsmutter hinreichende Anhaltspunkte. Verbleibende Zweifel sind gegebenenfalls im Hauptsacheverfahren zu klären. Bezüglich des Sohnes wurde im familiengerichtlichen Verfahren am 11.11.2020 eine einvernehmliche Regelung getroffen, die zunächst Briefkontakt und später begleiteten Umgang vorsieht. Dafür, dass in diesem Verfahren in absehbarer Zeit eine weitere Entscheidung ansteht, enthält die beigezogene Akte keinen Anhaltspunkt.

2. Der Senat entscheidet zur Sache und nicht – wie vom Antragsteller in erster Linie beantragt – lediglich darüber, den Beschluss des Verwaltungsgerichts aufzuheben und die Sache an das Verwaltungsgericht zurückzuverweisen. Zwar ist § 130 Abs. 2 VwGO im Beschwerdeverfahren grundsätzlich analog anwendbar (vgl. Happ, in: Eyermann, VwGO, 15. Aufl. 2019, § 150 Rn. 1). Im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes stehen einer Zurückverweisung an die erste Instanz allerdings in der Regel die Prozessökonomie und die Maxime der Verfahrensbeschleunigung entgegen (Hess. VGH, Beschl. v. 17.01.2013 – 1 B 2038/12, juris Rn. 3). Gründe, weshalb der Senat vorliegend nicht selbst zur Sache entscheiden sollte, sind nicht ersichtlich. Der Antragsteller begründet sein Zurückverweisungsbegehren mit behaupteten Versäumnissen des Verwaltungsgerichts bei der Sachverhaltsaufklärung, da es die Akten der familiengerichtlichen Verfahren nicht beigezogen hat. Der Senat hat diese Akten beigezogen und somit die vom Antragsteller für geboten gehaltene Sachverhaltsaufklärung durchgeführt. Die Rüge einer Verletzung rechtlichen Gehörs durch das Verwaltungsgericht führt im vorliegenden Fall ebenfalls nicht zur Zurückverweisung. Unabhängig davon, ob das Verwaltungsgericht den Anspruch auf rechtliches Gehör wirklich verletzt hat, hat der Antragsteller jedenfalls im Beschwerdeverfahren ausreichend Gelegenheit gehabt, gegenüber dem

Beschwerdegericht zu den Punkten vorzutragen, bezüglich derer er sich in erster Instanz in seinem Recht auf rechtliches Gehör verletzt sieht.

3. Die von der Beschwerde dargelegten Gründe führen nicht zur Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung seiner Klage gegen die Ausweisung und Abschiebungsandrohung.

a) Entgegen der Auffassung der Beschwerde ist die Anordnung der sofortigen Vollziehung im maßgeblichen Zeitpunkt der gerichtlichen Entscheidung nicht deshalb unwirksam, weil sie ursprünglich nur dem Antragsteller persönlich, nicht aber seiner Prozessbevollmächtigten bekannt gegeben worden war.

Soweit der Antragsteller der Auffassung ist, die Anordnung der sofortigen Vollziehung sei wegen des Zustellungsfehlers gemäß § 44 BremVwVfG nichtig, kann dem schon deswegen nicht gefolgt werden, weil diese Vorschrift nicht einschlägig ist. Sie regelt die Nichtigkeit von Verwaltungsakten. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung ist kein Verwaltungsakt (BVerwG, Urt. v. 12.05.1966 – II C 197.62, juris Rn. 40). Selbst wenn eine analoge Anwendung in Betracht käme, wäre § 44 BremVwVfG inhaltlich nicht einschlägig. Denn die Vorschrift setzt eine existente behördliche Anordnung voraus, an der es aber gerade fehlen würde, wenn keine wirksame Bekanntgabe erfolgt wäre (vgl. auch Schemmer, in: BeckOK VwVfG, § 44 Rn. 4; Stelkens, in: Stelkens/ Bonk/ Sachs, VwVfG, 9. Aufl. 2018, § 41 Rn. 224).

Auch wenn dies nicht ausdrücklich geregelt ist, bedarf die Anordnung der sofortigen Vollziehung zu ihrer Wirksamkeit der Bekanntgabe an den Betroffenen. Dahinstehen kann, ob dies aus einer analogen Anwendung des § 41 BremVwVfG (für eine analoge Anwendung der Verwaltungsverfahrensgesetze Külpmann, in: Finkelnburg/ Dombert/ Külpmann, Vorläufiger Rechtsschutz im Verwaltungsstreitverfahren, 7. Aufl. 2017, Rn. 732; a.A. Puttler, in: Sodan/ Ziekow, VwGO, 5. Aufl. 2018, § 80 Rn. 80) oder aus allgemeinen rechtsstaatlichen Grundsätzen folgt. Allerdings gibt es keinen Grund, wieso eine förmliche Zustellung der Anordnung zwingend geboten sein sollte. Vorliegend hat sich die Antragsgegnerin zunächst entschieden, die Anordnung der sofortigen Vollziehung durch förmliche Zustellung an den Antragsteller persönlich bekanntzugeben. Diese Zustellung war möglicherweise nach § 1 Abs. 1 BremVwZG i.V.m. § 7 Abs. 1 Satz 2 VwZG fehlerhaft, obgleich der Senat zu Bedenken gibt, dass eine schriftliche Vollmacht soweit ersichtlich nur dem Gericht, nicht aber der Antragsgegnerin vorgelegt worden war. Jedoch wurde die Anordnung der sofortigen Vollziehung der Prozessbevollmächtigten des Antragstellers später dadurch (formlos) bekanntgegeben, dass die Antragsgegnerin sie der

Antragserwiderung beigelegt und das Gericht sie an die Prozessbevollmächtigte weitergeleitet hat. Dabei handelte es sich im vorliegenden Fall um eine von der Antragsgegnerin gewollte neue Bekanntgabe, für die sie nicht mehr den Weg der förmlichen Zustellung gewählt hat. Denn die Antragsgegnerin führte in der Beschwerdeerwiderung aus, dass „spätestens damit [also: mit der Beifügung zur Antragserwiderung] die Anordnung dem Antragsteller kundgegeben“ sei. Diese neue Bekanntgabe war wirksam. Insbesondere kann die Bekanntgabe einer behördlichen Entscheidung auch in der Form erfolgen, dass eine andere öffentliche Stelle (hier: das Verwaltungsgericht) sie mit Wissen und Willen der Erlassbehörde (hier: der Antragsgegnerin) an den Adressaten (hier: die Prozessbevollmächtigte des Antragstellers) weiterleitet (vgl. Müller, in: Huck/ Müller, VwVfG, 3. Aufl. 2020, § 41 Rn. 4). Auf die Heilungsvorschrift des § 1 Abs. 1 BremVwZG i.V.m. § 8 VwZG kommt es vor diesem Hintergrund nicht an.

b) Das öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung des Bescheides vom 03.05.2019 überwiegt das Interesse des Antragstellers an einer Aussetzung der Vollziehung. Die Ausweisung und die Abschiebungsandrohung sind nach summarischer Prüfung rechtmäßig; die vom Antragsteller ausgehenden Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung drohen sich schon vor Abschluss des Klageverfahrens zu verwirklichen.

aa) Die Ausweisung des Antragstellers ist rechtmäßig.

(1) Die Ausweisungsvorschriften des Aufenthaltsgesetzes sind auf den Antragsteller anwendbar. Ihre Anwendung ist nicht nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 AufenthG ausgeschlossen. Aus den von der Beschwerde dargelegten Gründen ergibt sich nicht, dass der Antragsteller freizügigkeitsberechtigt ist.

Eine Freizügigkeitsberechtigung in direkter Anwendung des § 2 Abs. 1 FreizügG/EU besteht nicht. Zwar sind sowohl die Lebensgefährtin des Antragstellers als auch seine Tochter bulgarische Staatsangehörige und damit Unionsbürger. Jedoch ist der Antragsteller kein „Familienangehöriger“ im Sinne des § 1 Abs. 2 Nr. 3 FreizügG/EU. Er ist mit seiner Lebensgefährtin nicht verheiratet (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 a) FreizügG/EU); seine Tochter gewährt ihm keinen Unterhalt (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 d) FreizügG/EU).

Ein Freizügigkeitsrecht im Sinne des § 2 Abs. 1 FreizügG/EU kann auch unmittelbar aus Art. 21 Abs. 1 AEUV folgen (BVerwG, Urt. v. 23.09.2020 – 1 C 27.19, juris Rn. 19, 24). Dies setzt voraus, dass der drittstaatsangehörige Elternteil tatsächlich für das Kind sorgt und dieses über ausreichende Existenzmittel im Sinne des Art. 7 Abs. 1 b RL 2004/38/EG

verfügt (vgl. BVerwG, Urt. v. 23.09.2020 – 1 C 27.19, juris Rn. 20 m.w.N. auf die Rspr. des EuGH). Nicht ausreichend wäre es dagegen, wenn die nicht erwerbstätige Tochter mangels ausreichender Existenzmittel kein eigenes Freizügigkeitsrecht hätte, sondern ein solches nur von ihrer Mutter ableiten würde (vgl. BVerwG, Urt. v. 23.09.2020 – 1 C 27.19, juris Rn. 26). Diese Fallgruppe ist im FreizügG/EU vom deutschen Gesetzgeber nicht berücksichtigt worden (vgl. BVerwG, Urt. v. 23.09.2020 – 1 C 27.19, juris Rn. 22). Ein solches Aufenthaltsrecht setzt nicht voraus, dass der drittstaatsangehörige Elternteil allein oder vorrangig für das Unionsbürgerkind sorgt. Es genügt, wenn beide Elternteile die Personensorge wahrnehmen, wovon regelmäßig auszugehen ist, wenn die Familie in einem gemeinsamen Haushalt zusammenlebt (vgl. BVerwG, Urt. v. 23.09.2020 – 1 C 27.19, juris Rn. 29 f.). Wie oben unter 1. ausgeführt, ist vorliegend davon auszugehen, dass der Antragsteller der Vater des Kindes ist und mit ihm und der Kindsmutter zusammenlebt. Allerdings kann dem Beschwerdevorbringen nicht entnommen werden, dass ausreichende Existenzmittel im Sinne von Art. 7 Abs. 1 b RL 2004/38/EG zur Verfügung stehen. Es wurde zwar ein ab dem 01.12.2020 gültiger Arbeitsvertrag vorgelegt, aber weder Gehaltsnachweise noch Unterlagen, aus denen sich der Bedarf ergibt. Es ist mit Unionrecht vereinbar, wenn § 146 Abs. 4 Satz 6 VwGO dem Beschwerdeführer die Darlegung der Informationen auferlegt, anhand derer festgestellt werden kann, ob die Voraussetzungen eines Aufenthaltsrecht aus dem AEUV vorliegen. Nur wenn solche Informationen vom Antragsteller beigebracht worden wären, würde eine unionsrechtliche Pflicht des Gerichts zu weiteren Ermittlungen bestehen (vgl. EuGH, Urt. v. 10.05.2017 – C-133/15, juris Rn. 78).

Ob der Antragsteller als „nahestehende Person“ seiner Lebensgefährtin ein Aufenthaltsrecht nach § 1 Abs. 2 Nr. 4 c), § 3a Abs. 1 Nr. 3 FreizügG/EU beanspruchen könnte, kann dahinstehen, denn dies würde nichts an der Anwendbarkeit der Ausweisungsvorschriften des Aufenthaltsgesetzes ändern (vgl. § 11 Abs. 8 Satz 1 Nr. 3, Satz 2 FreizügG/EU).

(2) Kein die Anwendung der Ausweisungsvorschriften des Aufenthaltsgesetzes ausschließendes Freizügigkeitsrecht im Sinne des § 2 Abs. 1 FreizügG/EU wäre ein aus Art. 20 AEUV resultierendes Aufenthaltsrecht (vgl. BVerwG, Urt. v. 23.09.2020 – 1 C 27.19, juris Rn. 24). Ein solches „unionsrechtliches Aufenthaltsrecht eigener Art“ (vgl. BVerwG, Urt. v. 12.07.2018 – 1 C 16/17, juris Rn. 28) hätte allerdings zur Folge, dass eine Aufenthaltsbeendigung nur möglich wäre, wenn vom Antragsteller eine tatsächliche gegenwärtige und erhebliche Gefahr für die öffentliche Ordnung oder Sicherheit ausgeht, die ein Grundinteresse der Gesellschaft berührt, und die Aufenthaltsbeendigung unter Berücksichtigung sämtlicher Umstände des Einzelfalls, des Kindeswohls und der

Grundrechte verhältnismäßig ist (vgl. EuGH, Urt. v. 08.05.2018 – C 82/16, K.A. u.a., juris Rn. 92 f.). Ob diese Voraussetzungen vorliegen, kann dahinstehen, denn dem Antragsteller steht ein Aufenthaltsrecht aus Art. 20 AEUV nicht zu.

Ein Aufenthaltsrecht aus Art. 20 AEUV besteht für den drittstaatsangehörigen Familienangehörigen eines Unionsbürgers in ganz besonderen Sachverhalten, in denen zwischen ihm und dem Unionsbürger ein Abhängigkeitsverhältnis besteht, das dazu führen würde, dass der Unionsbürger gezwungen wäre, den betreffenden Drittstaatsangehörigen im Falle der Aufenthaltsbeendigung zu begleiten und das Gebiet der Union als Ganzes zu verlassen (vgl. EuGH, Urt. v. 08.05.2018 – C-82/16, K.A. u.a., juris Rn. 51 f. m.w.N.). Ein solches Abhängigkeitsverhältnis ergibt sich aus dem Beschwerdevorbringen weder zwischen dem Antragsteller und seiner Tochter noch zwischen dem Antragsteller und seinem Sohn.

Zwischen dem Antragsteller und seinem Sohn besteht nach dem Inhalt der beigezogenen Akte des Familiengerichts (AG Bremen – 62 F 1828/20 UG, Bl. 52 ff.) seit mehreren Jahren kein Kontakt mehr. Ein solcher soll gemäß der vor dem Familiengericht geschlossenen Vereinbarung nun zunächst über Briefe und später durch begleiteten Umgang aufgebaut werden. Das Kind lebt in einer Pflegefamilie und hat Umgang mit seiner leiblichen Mutter. Bei dieser Sachlage liegt es fern, dass eine Abschiebung des Antragstellers in den Kosovo seinen Sohn faktisch zwingen würde, ihm dorthin zu folgen.

Auch zwischen dem Antragsteller und der Tochter legt die Beschwerde ein solches Abhängigkeitsverhältnis nicht dar. Zwar geht der Senat davon aus, dass Vater und Tochter in familiärer Lebensgemeinschaft zusammenwohnen. Diese familiäre Bindung reicht aber als solche nicht aus, um für den Antragsteller ein abgeleitetes Aufenthaltsrecht aus Art. 20 AEUV zu begründen (vgl. EuGH, Urt. v. 08.05.2018 – C-82/16, K.A. u.a., juris Rn. 74f.). Dass die Kindsmutter, die als Unionsbürgerin zum Aufenthalt und zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit im Unionsgebiet berechtigt ist, das Kind bis zur Entlassung des Antragstellers aus der Haft allein betreut hat und es keine konkreten Anhaltspunkte dafür gibt, dass sie dies nicht erneut tun könnte, ist ein erstes, wenn auch nicht zwingendes Indiz gegen ein Abhängigkeitsverhältnis (vgl. EuGH, Urt. v. 08.05.2018 – C-82/16, K.A. u.a., juris Rn. 72; BVerwG, Urt. v. 12.07.2018 – 1 C 16/17, juris Rn. 35). Indizien, die für ein Abhängigkeitsverhältnis sprechen, sind hingegen nicht ersichtlich; insbesondere spricht nichts für eine über das übliche Maß hinausgehende affektive Abhängigkeit der Tochter vom Antragsteller (vgl. OVG Bremen, Beschl. v. 26.11.2020 – 2 B 216/20, juris Rn. 24).

(3) Nach § 53 Abs. 1 AufenthG wird ein Ausländer, dessen Aufenthalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung, die freiheitliche demokratische Grundordnung oder sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland gefährdet, ausgewiesen, wenn die unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles vorzunehmende Abwägung der Interessen an der Ausreise mit den Interessen an einem weiteren Verbleib des Ausländers im Bundesgebiet ergibt, dass das öffentliche Interesse an der Ausreise überwiegt.

Der Aufenthalt des Antragstellers in Deutschland gefährdet die öffentliche Sicherheit und Ordnung, weil neue Straftaten drohen.

Bei der tatrichterlichen Prognose, ob eine Wiederholung vergleichbarer Straftaten droht, sind alle Umstände des Einzelfalles gegeneinander abzuwägen, die geeignet sind, Auskunft über die gegenwärtig (noch) von dem Betroffenen ausgehende Gefährdung zu geben. An die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts sind bei dieser Prognose umso geringere Anforderungen zu stellen, je größer und folgenschwerer der möglicherweise eintretende Schaden ist (vgl. BVerwG. Urt. v. 04.10.2012 – 1 C 13.11, juris Rn. 18; OVG Bremen, Beschl. v. 12.03.2020 – 2 B 19/20, juris Rn. 16; OVG Bremen, Beschl. v. 26.09.2019 – 2 B 214/19, juris Rn. 5). Bei qualifizierten Eigentumsdelikten – hier: schwerer Bandendiebstahls – sind keine hohen Anforderungen an eine Wiederholungsgefahr zu stellen. Eine grenzenlose Relativierung des Wahrscheinlichkeitsmaßstabs nach unten ist allerdings nicht zulässig. Erforderlich, aber auch ausreichend für die Begründung eines spezialpräventiven Ausweisungsinteresses ist in solchen Fällen die „ernsthafte Möglichkeit“ einer Wiederholung. Nicht ausreichend ist dagegen die nur „entfernte Möglichkeit“ der erneuten Tatbegehung (vgl. OVG Bremen, Beschl. v. 15.11.2019 – 2 B 243/19, juris Rn. 11 m.w.N.). Vorliegend droht eine erneute Begehung qualifizierter Eigentumsdelikte oder anderer, vergleichbar schwerer Straftaten durch den Antragsteller ernsthaft.

Zugunsten des Antragstellers spricht zwar, dass er im Zusammenhang mit den Anlasstaten erstmals eine Freiheitsstrafe verbüßt hat. Zuvor war er nur zu Geldstrafen verurteilt worden; teilweise hatte es sich um Fahrlässigkeits- oder Beziehungsdelikte gehandelt. Im Strafverfahren bezüglich der Anlasstaten war er geständig und hat sich für die Taten entschuldigt. Seine persönliche Situation erscheint jetzt gefestigter als bei Begehung der Anlasstaten: Während davon auszugehen ist, dass er nun mit seiner Lebensgefährtin und der 2018 geborenen Tochter zusammenlebt sowie über einen Arbeitsplatz im Betrieb des Bruders verfügt, war die Beziehung zu seinem Sohn und dessen Mutter damals wohl zerrüttet bzw. unterbrochen und er war arbeitslos.

Gegen den Antragsteller spricht jedoch, dass er – wenn auch zunächst eher geringfügig – über einen Zeitraum von fünf Jahren hinweg, der schon relativ kurz nach seiner im Jahr 2009 oder 2010 erfolgten Einreise begann, mehrfach straffällig geworden ist. Bevor es 2016 zu den Anlasstaten kam, hat er von 2011 bis 2015 insgesamt 9 Straftaten begangen, die zu 5 Verurteilungen geführt haben. Die schweren Bandendiebstähle, die Anlass der Ausweisung waren, hat er im Mai bzw. Juni 2016 nur knapp zwei Monate nach der Verurteilung zu einer Geldstrafe wegen eines anderen qualifizierten Eigentumsdelikts (Beihilfe zum versuchten Einbruchsdiebstahl) begangen. Bei den Anlasstaten hat er hohe kriminelle Energie an den Tag gelegt. Es handelte sich nicht um ein Augenblicksversagen. Auch wenn die konkreten Taten alle binnen einer Woche begangen wurden, haben sich der Antragsteller und seine Mittäter nach den Feststellungen des Strafurteils schon mehrere Monate vorher – nämlich spätestens im Januar 2016 – zusammengeschlossen, um sich durch Einbrüche in Geschäfte und Gewerbebetriebe für eine gewisse Dauer eine finanzielle Lebensgrundlage zu schaffen. Bei den Taten haben sie Sicherheitsvorkehrungen wie Türen, Fenster, Überwachungskameras und Tresore überwunden bzw. zu überwinden versucht. Eine der Ursachen für die Taten waren nach den Angaben des Antragstellers gegenüber der Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Bremen finanzielle Schwierigkeiten. Damit wurden die Taten nicht aus einer besonderen, sich aller Voraussicht nach nicht wiederholenden Situation oder Motivation heraus begangen. Zwar verfügt der Antragsteller derzeit über einen Arbeitsplatz und seine einzigen Schulden scheinen aus dem Strafverfahren zu stammen. Vergleicht man die Einnahmen, die der Antragsteller aus seiner derzeitigen Erwerbstätigkeit bezieht (Stundenlohn 10,50 Euro brutto), mit der Beute, die er und seinen beiden Mittätern durch die Anlasstaten binnen einer Woche erzielt haben (ca. 48.000 Euro), erscheint das Arbeitseinkommen jedoch nicht als hinreichender Schutz gegen den Anreiz, erneut schnelles Geld durch Straftaten zu machen. Überdies ist es angesichts der bisherigen lückenhaften Erwerbsbiografie des Antragstellers durchaus ernsthaft möglich, dass er auch in Zukunft wieder arbeitslos werden könnte.

Das Nachtatverhalten des Antragstellers war nicht beanstandungsfrei. Zwar hat er sich trotz Entlassung aus der Untersuchungshaft zur Hauptverhandlung gestellt. Der Ladung zum Strafantritt ist er aber nicht gefolgt; er musste daher von der Polizei verhaftet und der JVA zugeführt werden. Nach seinen Angaben gegenüber der JVA soll dies gesundheitliche Gründe (Operation) gehabt haben, die er aber offenbar nicht rechtzeitig angezeigt hatte. Es kam zu Beginn der Haft zu Disziplinarverfahren wegen massiven Verstoßes gegen Weisungen, einem Handyfund und dem Versuch, sich über Vollzugsbeamte Tabak in die Anstalt bringen zu lassen. Im Juli 2019 wurde er in den offenen Vollzug verlegt und arbeitete ab dem 31.07.2019 als Berufsfreigänger. Wegen Unregelmäßigkeiten bei den

Stundenzetteln musste er jedoch aus dem Freigang herausgenommen werden; nach Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts der Körperverletzung wurde er in den geschlossenen Vollzug zurückverlegt. Die Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Bremen hat eine Aussetzung des Strafrestes nach § 57 Abs. 1 StGB zur Bewährung mit Beschluss vom 18.06.2020 abgelehnt, weil sie der Auffassung war, dass dies unter Berücksichtigung des Sicherheitsinteresses der Allgemeinheit nicht verantwortet werden könne. Neben Fehlverhalten im offenen Vollzug und der „instabilen finanziellen Situation“ war dabei entscheidend, dass ein Strafverfahren gegen den Antragsteller wegen einer mutmaßlich während eines Hafturlaubs begangenen gefährlichen Körperverletzung anhängig ist. Die Strafvollstreckungskammer wies insofern nach Einsicht in die Ermittlungsakten darauf hin, dass der Geschädigte im Rahmen einer Lichtbildvorlage den Antragsteller zu „100 Prozent“ als einen der Täter erkannt habe. Entscheidungen der Strafgerichte über die Aussetzung oder Nichtaussetzung der Reststrafe zur Bewährung nach § 57 StGB stellen bei der ausländerrechtlichen Gefahrenprognose ein wesentliches Indiz dar, auch wenn von ihnen keine Bindungswirkung ausgeht (vgl. BVerfG, Beschl. v. 19.10.2016 – 2 BvR 1943/16, juris Rn. 21 ff.; BVerwG, Urt. v. 15.01.2013 – 1 C 10/12, juris Rn. 18). Über eine breitere Tatsachengrundlage, die eine Abweichung von der – vorliegend negativen – Entscheidung der Strafvollstreckungskammer rechtfertigen könnte (vgl. dazu BVerfG, aaO., juris Rn. 24), verfügt der Senat nicht. Er hat die Akte des Ermittlungsverfahrens, in dem inzwischen Anklage erhoben worden ist, ebenfalls beigezogen und eingesehen. Dabei hat sich gezeigt, dass die Strafvollstreckungskammer die Angaben des Geschädigten im Rahmen der Wahllichtbildvorlage zutreffend wiedergegeben hat (vgl. Bd. I, Bl. 129 d.A. des Amtsgerichts Bremen zum Az. 81a Ls 210 Js 74565/10 (11/20)). Der Antragsteller bestreitet in seiner Einlassung im Strafverfahren zwar, den Geschädigten getreten oder geschlagen zu haben (vgl. Bd. I., Bl. 202 d. vorgenannten Strafakte). Er hat aber zugestanden und es ist durch Videoaufnahmen aus der Gaststätte, vor der der Geschädigte zusammengeschlagen wurde, dokumentiert, dass er sich zum fraglichen Zeitpunkt in der Gaststätte befunden hat und dass er diese nur Sekunden nachdem die Mitangeklagten den Geschädigten aus der Tür gedrängt hatten ebenfalls verlassen hat (vgl. Bd. I, Bl. 165 f., 202 und Bd. II, Bl. 179 f. der vorgenannten Strafakte). Die Ergebnisse des Ermittlungsverfahrens durfte der Senat – ebenso wie es die Strafvollstreckungskammer getan hat – in seine Prognose einbeziehen, auch wenn es noch nicht zu einem Urteil gekommen ist. Die Unschuldsvermutung schützt nämlich nur vor Nachteilen, die einem Schuldspruch gleichkommen, nicht jedoch vor Rechtsfolgen ohne Strafcharakter (BVerwG, Beschl. v. 24.01.2017 – 2 B 75.16 – juris Rn. 8, 11 f. m.w.N.). Daher ist ein Vorhalt der in dem Strafverfahren bislang zutage geförderten Erkenntnisse – auch wenn es sich zunächst nur um „Verdachtsmomente“ handelt – in einem Verfahren, in dem es um die Frage einer fortdauernden Gefährlichkeit und damit um

präventives sicherheitsbehördliches Handeln geht, möglich und geboten (OVG Bremen, Beschl. v. 22.10.2019 – 2 B 138/19, juris Rn. 29).

Das öffentliche Interesse an einer Ausweisung des Antragstellers überwiegt sein Interesse an einem Verbleib in Deutschland.

Bei Betrachtung der als Regeltatbestände ausgestalteten Abwägungsdirektiven der §§ 54, 55 AufenthG stehen dem „besonders schwerwiegende Ausweisungsinteresse“ nur „schwerwiegende Bleibeinteressen“ gegenüber. Durch die Verurteilung wegen der Anlasstaten hat der Antragsteller den Tatbestand des § 54 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG verwirklicht. Besonders schwerwiegende Bleibeinteressen nach § 55 Abs. 1 AufenthG liegen nicht vor. Er hält sich zwar seit mehr als fünf Jahren rechtmäßig im Bundesgebiet auf, besitzt aber weder eine Niederlassungserlaubnis (§ 55 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG) noch ist er im Bundesgebiet geboren oder als Minderjähriger eingereist (§ 55 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG) noch lebt er mit einem Ausländer, auf den dies zutrifft, in ehelicher oder lebenspartnerschaftlicher Lebensgemeinschaft (§ 55 Abs. 1 Nr. 3 AufenthG). Er lebt auch nicht mit deutschen Familienangehörigen in familiärer Lebensgemeinschaft (§ 55 Abs. 1 Nr. 4 AufenthG). Zwar hat er einen minderjährigen deutschen Sohn. Ein Sorge- oder Umgangsrecht übt er mit diesem jedoch nicht aus. Nach der vor dem Familiengericht getroffenen Vereinbarung sollen zunächst nur Briefe geschrieben werden. Es liegen jedoch schwerwiegende Bleibeinteressen nach § 55 Abs. 2 Nr. 2 (im Hinblick auf Aufenthaltsdauer und –status), Nr. 3 (im Hinblick auf die Tochter, die die bulgarische Staatsangehörigkeit besitzt) sowie Nr. 5 (sowohl im Hinblick auf die Tochter als auch im Hinblick auf den Sohn) AufenthG vor. Dabei dürfte die familiäre Lebensgemeinschaft mit der Tochter in ihrem konkreten Gewicht einem besonders schwerwiegenden Bleibeinteresse im Sinne des § 55 Abs. 1 Nr. 4 AufenthG zumindest sehr nahekommen. Denn ebenso wie einem deutschen Kind, ist es auch der Tochter als Unionsbürgerin aus rechtlichen Gründen unzumutbar, dem drittstaatsangehörigen Antragsteller in sein Heimatland zu folgen.

Entscheidend ist die umfassende, einzelfallbezogene Abwägung nach § 53 Abs. 2 AufenthG, die insbesondere unter Berücksichtigung der völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus Art. 8 EMRK zu erfolgen hat (vgl. OVG Bremen, Beschl. v. 15.11.2019 – 2 B 243/19, juris Rn. 21). Diese Abwägung geht hier zu Ungunsten des Antragstellers aus. Die Ausweisung verletzt insbesondere nicht sein Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens nach Art. 8 EMRK und sein Grundrecht aus Art. 6 Abs. 1, 2 GG.

Die Ausweisung des Antragstellers greift in den Schutzbereich des Art. 8 EMRK ein. Der Begriff des „Privatlebens“ i.S.v. Art. 8 EMRK umfasst die Gesamtheit der sozialen Beziehungen zwischen ansässigen Zuwanderern und der Gesellschaft, in der sie leben (EGMR, Urt. v. 18.10.2006 – 46410/99, Üner ./ NL, juris Rn. 59; OVG Bremen, Beschl. v. 17.01.2019 - 1 B 333/18 -, juris Rn. 19). Darüber hinaus schützt Art. 8 EMRK mit dem Begriff des „Familienlebens“ die Beziehung von Eltern zu ihren Kindern und unter bestimmten Voraussetzungen auch von nichtehelichen Lebensgefährten zueinander (vgl. Meyer-Ladewig/ Nettesheim, in: Meyer-Ladewig/ Nettesheim/ von Raumer, EMRK, 4. Aufl. 2017, Art. 8 Rn. 54, 56 m.w.N.). Der Antragsteller lebt seit etwas mehr als zehn Jahren in Deutschland. Er unterhält soziale Kontakte zumindest zu seinem Bruder, seiner Tochter, deren Mutter und bemüht sich, durch Briefe die Basis für einen Umgang mit seinem Sohn zu schaffen. Überdies hat er einen Arbeitsplatz inne. Damit führt er in Deutschland ein von Art. 8 EMRK geschütztes Privat- und Familienleben.

Die Ausweisung des Antragstellers ist jedoch von der Schranke des Art. 8 Abs. 2 EMRK gedeckt. Sie dient dem Ziel der Verhütung von Straftaten und ist in einer demokratischen Gesellschaft notwendig im Sinne von Art. 8 Abs. 2 EMRK, weil sie nicht verhältnismäßig ist. Sie verletzt ferner nicht die aus Art. 6 Abs. 1, 2 GG folgenden aufenthaltsrechtlichen Schutzwirkungen.

Bei der Prüfung, ob eine Ausweisung in einer demokratischen Gesellschaft notwendig und verhältnismäßig ist, sind nach der ständigen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte folgende Kriterien zu berücksichtigen: Die Art und Schwere der begangenen Straftat; die seither vergangene Zeit und das Verhalten des Ausländers seit der Tat; die familiäre Situation; ob ein Partner bei der Begründung der Beziehung Kenntnis von der Straftat hatte; das Interesse und das Wohl eventueller Kinder, insbesondere deren Alter; der Umfang der Schwierigkeiten, auf die die Kinder oder der Partner im Heimatland des Ausländers treffen würden; die Staatsangehörigkeit aller Beteiligten; die Dauer des Aufenthalts des Ausländers im Aufenthaltsstaat; die Intensität der sozialen, kulturellen und familiären Bindungen des Ausländers zum Gastland und zum Bestimmungsland (vgl. EGMR (GK), Urt. v. 18.10.2006 – 46410/99 -, Üner ./ NL, NVwZ 2007, 1279 [1281 – Rn. 57 f.]; OVG Bremen, Beschl. v. 12.03.2020 – 2 B 19/20, juris Rn. 26).

Mit Ausnahme der Beziehungen zu seiner Lebensgefährtin und zu seinen Kindern sind die Bindungen des Antragstellers zu Deutschland nicht besonders stark. Zwar lebt er seit etwas über 10 Jahren im Bundesgebiet, davon den ganz überwiegenden Teil rechtmäßig, und er besitzt seit dem 1.12.2020 einen Arbeitsplatz im Unternehmen seines in

Deutschland lebenden Bruders. Jedoch ist er erst als Erwachsener im Alter von circa 25 Jahren nach Deutschland gekommen. In seinem Heimatland hat er die Schule besucht und nach eigenen Angaben einen Berufsabschluss erworben. Mit Ausnahme eines Bruders lebt die gesamte übrige Herkunftsfamilie (Mutter und vier Geschwister) im Heimatland. Der Antragsteller ist 36 Jahre alt und arbeitsfähig. Eine Reintegration im Kosovo sollte daher relativ einfach sein. Eine nachhaltige Integration in die deutschen Lebensverhältnisse ist nicht erkennbar. Er selbst hat vorgetragen, dass er „nicht über hinreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt“ (vgl. Schriftsatz vom 27.11.2020, Bl. 116 OVG-Akte). Auch im Erwerbsleben konnte er sich nicht über längere Zeiträume integrieren. Für die behauptete Tätigkeit bei einer Baufirma von 2012 bis 2015 hat er trotz Aufforderung seitens des Gerichts keine Nachweise vorgelegt. Eine Arbeit, der er während der Inhaftierung als Berufsfreigänger nachging, hat er wegen Unregelmäßigkeiten bei den Stundenzetteln bereits nach einigen Monaten wieder verloren. Sein jetziges Arbeitsverhältnis hat ausweislich der vorgelegten Vertrags erst vor einigen Wochen begonnen.

Von höherem Gewicht ist die seit mehreren Jahren geführte nichteheliche Beziehung zu einer in Deutschland lebenden Unionsbürgerin sowie vor allem die Beziehung zu seinem 2011 geborenen deutschen Sohn und seiner 2018 geborenen Tochter.

Die aufenthaltsrechtlichen Schutzwirkungen des Art. 6 Abs. 1 und 2 GG sind nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG, Beschluss vom 08.12.2005 – 2 BvR 1001/04 – juris Rn. 21 f., 24 ff.) gegenüber den allgemeinen einwanderungspolitischen Belangen der Zuzugsregelung und -beschränkung von Ausländern vorrangig am Kindeswohl zu messen. Die Belange des Elternteils und des Kindes sind umfassend zu berücksichtigen. Dementsprechend ist im Einzelfall zu würdigen, in welcher Form die Elternverantwortung ausgeübt wird und welche Folgen eine endgültige oder vorübergehende Trennung für die gelebte Eltern-Kind-Beziehung und das Kindeswohl hätte. In diesem Zusammenhang ist davon auszugehen, dass der persönliche Kontakt des Kindes zu seinen Eltern und der damit verbundene Aufbau und die Kontinuität emotionaler Bindungen zu Vater und Mutter in der Regel der Persönlichkeitsentwicklung des Kindes dienen. Ein hohes, gegen die Aufenthaltsbeendigung sprechendes Gewicht haben die Folgen einer vorübergehenden Trennung insbesondere, wenn ein noch sehr kleines Kind betroffen ist, das den nur vorübergehenden Charakter einer räumlichen Trennung möglicherweise nicht begreifen kann und diese rasch als endgültigen Verlust erfährt (vgl. st. Rspr., vgl. BVerfG, Beschl. v. 05.06.2013 – 2 BvR 586/13, juris Rn. 14). Dies gilt nicht nur dann, wenn das Kind mit seinem ausländischen Elternteil in einer „funktionierenden“ Eltern-Kind-Beziehung lebt. Auch der Umgang des Kindes mit dem getrennt lebenden Elternteil ist für die Entwicklung und das Wohl des Kindes grundsätzlich von

herausragender Bedeutung (§ 1626 Abs. 3 BGB), und es dient in der Regel ganz wesentlich dem Bedürfnis des Kindes und seiner Persönlichkeitsentwicklung, Beziehungen auch zu diesem Elternteil aufzubauen und zu erhalten (OVG Bremen, Beschl. v. 25.07.2019 – 2 B 69/19, juris Rn. 36). Eine Aufenthaltsbeendigung für einen Elternteil aus schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist jedoch nicht generell und unter allen Umständen ausgeschlossen. Dem Kindeswohl kommt weder nach Europäischen Grund- und Menschenrechten noch nach Verfassungsrecht ein unbedingter Vorrang vor den entgegenstehenden Interessen zu (BVerwG, Beschl. v. 21.07.2015 - 1 B 26/15, juris Rn. 5 m.w.N.).

Die Beziehung des Antragstellers zu seinem fast zehn Jahre alten Sohn ist schwach. Der Sohn ist in einer Pflegefamilie untergebracht. Der Antragsteller hat ihn nach seinen Angaben gegenüber der Verfahrensbeiständin im Umgangsrechtsverfahren seit knapp 3 Jahren nicht mehr gesehen. Der Bericht der Verfahrensbeiständin vermittelt den Eindruck, dass der Sohn den Antragsteller kaum kennt. Auf Frage der Verfahrensbeiständin, mit wem er (außer mit seiner Mutter) Kontakt haben möchte, hat der Sohn spontan nicht den Antragsteller, sondern lediglich die Großmutter und die Großtante mütterlicherseits benannt (vgl. Bl. 52 d.A. des Amtsgerichts Bremen – 62 F 1828/20 UG). Um das Kind nicht zu überfordern, wurde vor dem Familiengericht vereinbart, dass ein für später geplanter begleiteter Umgang zunächst durch Briefe vorbereitet wird. Ein derartiger behutsamer Aufbau einer Beziehung zum Vater dürfte für die Entwicklung des Kindes sicherlich förderlich sein. Jedoch ist der Wegfall von Faktoren, die dem Kindeswohl dienen bzw. am besten entsprechen, nicht schon gleichbedeutend mit einer Kindeswohlgefährdung bzw. –schädigung (BVerwG, Beschl. v. 21.01.2020 – 1 B 65/19, juris Rn. 29). Vor dem Hintergrund, dass aktuell praktisch keine gelebte Vater-Sohn-Beziehung besteht, ist eine konkrete Gefährdung oder Schädigung des Kindeswohls durch eine Beendigung des Aufenthalts des Antragstellers nicht ernsthaft zu befürchten. Den erst kürzlich aufgenommenen Briefkontakt kann der Antragsteller auch vom Kosovo aus weiterführen. Nach Ablauf des dreijährigen Einreise- und Aufenthaltsverbots könnte möglicherweise die geplante nächste Stufe – begleiteter Umgang – in Angriff genommen werden. Nicht auszuschließen ist, dass es dazu nicht mehr kommen wird, weil sein dann mindestens dreizehn Jahre alter Sohn nach so langer Zeit möglicherweise kein Interesse mehr am Umgang mit einem Vater hat, den er nur aus Briefen kennt. Insofern könnte eine Aufenthaltsbeendigung zum jetzigen Zeitpunkt, in dem gerade behutsam mit dem Aufbau der Vater-Sohn-Beziehung begonnen wird, durchaus einen dauerhaften Verlust bedeuten. Dies wäre dann allerdings nicht nur die Folge der Ausweisung, sondern auch die Folge des Umstandes, dass der Antragsteller schon während seines Aufenthaltes in Deutschland über mehrere Jahre keinen Kontakt mit dem Sohn hatte. Das Umgangsverfahren beim

Familiengericht hat er erst anhängig gemacht, als seine Ausweisung schon verfügt war. Soweit der Antragsteller angekündigt hat, die Übertragung der elterlichen Sorge und ein Zusammenleben mit dem Sohn anzustreben, gibt es angesichts des Inhalts der Akte des Umgangsverfahrens keinen Grund zu der Annahme, dass ihm dies in absehbarer Zeit gelingen wird.

Enger ist die Beziehung zu der 2018 geborenen Tochter und zu deren Mutter, mit der der Antragsteller wohl seit 2016 eine Beziehung unterhält. Kindsmutter und Tochter haben den Antragsteller bis zum Beginn der Corona-bedingten Beschränkungen regelmäßig in der Haft besucht. Der Senat geht davon aus, dass sie seit der Haftentlassung zusammenleben. Aufgrund des jungen Alters des Kindes wiegt auch eine vergleichsweise kurze Trennung schwer und birgt die Gefahr, dass die Tochter sie als endgültigen Verlust des Vaters erfährt. Über Fernkommunikation oder gelegentliche Besuche lassen sich Beziehungen mit Kindern in diesem Alter in der Regel nicht dauerhaft aufrechterhalten. Andererseits wäre, wenn der Antragsteller zeitnah ausreisen würde, das dreijährige Einreise- und Aufenthaltsverbot schon abgelaufen, wenn die Tochter fünf Jahre alt ist. Er könnte also mit seiner Tochter und deren Mutter wieder in Deutschland zusammenleben und mit dem Neuaufbau der Beziehung beginnen, noch bevor die Tochter eingeschult wird. Zwischenzeitliche Besuche der Tochter und ihrer Mutter im Kosovo wären – anders als vom Antragsteller behauptet – für eine Dauer von bis zu 90 Tagen visumsfrei möglich (vgl. <https://www.ambasada-ks.net/de/?page=4,49>). Es gibt keine Anhaltspunkte, dass die Beendigung des Aufenthalts des Antragstellers in Deutschland das Wohl seiner Tochter konkret gefährden oder schädigen würde. Hinsichtlich der Beziehung zur Lebensgefährtin deutet nichts darauf hin, dass eine vorübergehende Trennung für circa drei Jahre schwerwiegende Folgen für sie oder für den Antragsteller hätte.

Dem steht ein auch im konkreten Einzelfall sehr schwerwiegendes Ausweisungsinteresse gegenüber. Der Antragsteller hat sich des schweren Bandendiebstahls schuldig gemacht. Der Gesetzgeber stuft solche Taten als Verbrechen ein (vgl. § 244a Abs. 1, § 12 StGB). Der Antragsteller wollte sich nach den strafgerichtlichen Feststellungen dadurch für eine gewisse Dauer eine finanzielle Lebensgrundlage verschaffen. Mit den drei abgeurteilten Taten haben der Antragsteller und seine Mittäter innerhalb von nur etwas mehr als einer Woche Beute im Wert von ca. 48.000 Euro gemacht. Der Schutz von Vermögen und Eigentum vor rechtswidrigen Eingriffen Dritter ist nicht nur ein rein wirtschaftliches Interesse; er ist vielmehr essentiell für die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft und den öffentlichen Frieden (vgl. auch OVG, Bremen, Beschl. v. 29.10.2019 – 2 B 169/19, juris Rn. 17). Eigentums- oder Vermögensdelikte, die zu beträchtlichen Schäden für eine Vielzahl von Personen führen oder die gewerbsmäßig begangen werden oder bei denen sonstige

erschwerende Umstände vorliegen, gefährden deshalb ein Grundinteresse der Gesellschaft schwer (BVerwG, Urt. v. 02.09.2009 – 1 C 2/09, juris Rn. 16; OVG Bremen, Beschl. v. 15.11.2019 – 2 B 243/19, juris Rn. 10). Dies gilt gerade auch für die bandenmäßig organisierte Einbruchskriminalität. Angesichts des Verhaltens des Antragstellers vor und nach der Anlasstat besteht – wie oben ausgeführt – die ernsthafte Möglichkeit, dass der Antragsteller solche oder ähnlich gewichtige Taten erneut begeht. Diese Gefahr muss von der Gesellschaft in Deutschland nicht hingenommen werden, um dem Antragsteller und seiner Familie eine vorübergehende, voraussichtlich etwa dreijährige Unterbrechung des Zusammenlebens zu ersparen.

bb) Die Abschiebungsanordnung ist ebenfalls rechtmäßig. Voraussetzung für den Erlass einer Abschiebungsandrohung ist die Ausreisepflicht des Ausländers. Ob die Ausreisepflicht darüber hinaus auch vollziehbar sein muss, kann offenbleiben, weil dies vorliegend gegeben ist. Durch die verfügte Ausweisung ist nach § 51 Abs. 1 Nr. 5 AufenthG die Aufenthaltserlaubnis des Antragstellers erloschen; infolgedessen ist der Antragsteller nach § 50 Abs. 1 AufenthG ausreisepflichtig. Da die Ausweisung für sofort vollziehbar erklärt worden ist, ist die Ausreisepflicht zudem nach § 58 Abs. 2 Satz 2 AufenthG vollziehbar.

cc) Es liegt auch ein besonderes Vollziehungsinteresse vor. Da die Ausweisung eine schwerwiegende und mit schwer zu behebenden Folgen für den Ausländer verbundene Maßnahme darstellt, deren Gewicht durch die Anordnung der sofortigen Vollziehung noch erheblich verschärft wird, setzt das Interesse an der sofortigen Vollziehung die aufgrund einer Gesamtwürdigung der Umstände des Einzelfalls zu treffende Feststellung voraus, dass der Sofortvollzug schon vor Abschluss des Hauptsacheverfahrens als Präventivmaßnahme zur Abwehr der mit der Ausweisungsverfügung zu bekämpfenden Gefahren erforderlich ist (vgl. BVerfG, Beschl. v. 13.06.2005 – 2 BvR 485/05, juris Rn. 21). Daran gemessen ist vorliegend ein Vollziehungsinteresse zu bejahen. Angesichts der Umstände der Anlasstaten sowie des Vor- und Nachtatverhaltens des Antragstellers (s.o. aa) (3)) droht die Gefahr, dass der Antragsteller erneut schwerwiegende Straftaten begehen könnte, schon während des Hauptsacheverfahrens und nicht erst zu einem späteren Zeitpunkt.

4. Soweit der Antragsteller hilfsweise beantragt, die Antragsgegnerin im Wege der einstweiligen Anordnung (§ 123 VwGO) zu verpflichten, ihn bis zum Abschluss der familiengerichtlichen Verfahren vor dem Amtsgericht Bremen 69 F 1829/20 SO und 62 F 1828/20 UG zu dulden, hat er einen Anordnungsanspruch nicht glaubhaft gemacht.

a) Die Schutzwirkungen des Art. 6 GG und Art. 8 EMRK in der Form des Schutzes des Familienlebens greifen zwar bereits dann, wenn ein familiengerichtliches Verfahren noch anhängig ist, und können für dessen Dauer eine Abschiebung rechtlich unmöglich machen. Das in Art. 8 EMRK verankerte Recht auf Achtung des Familienlebens erlegt dabei den innerstaatlichen Behörden auf, das Verfahren, das zu einem Eingriff in das geschützte Recht führt, fair und in einer Weise auszugestalten, dass die von Art. 8 EMRK geschützten Interessen ausreichend berücksichtigt werden. Ausländerrechtliche Maßnahmen haben insoweit zu berücksichtigen, dass dem Betroffenen nicht alle Möglichkeiten sinnvoller Beteiligung an einem familiengerichtlichen Verfahren genommen werden, für welche die Verfügbarkeit des Ausländers von entscheidender Bedeutung ist. Maßnahmen der Ausländerbehörde und der mit dem Ausländerrecht befassten Gerichte dürfen dabei nicht zu einer *de facto* Entscheidung in einem Verfahren wegen des Umgangsrechts führen, es also nicht präjudizieren (vgl. EGMR, Urteil vom 11.07.2000 – 29192/95; Ciliz ./Niederlande – NVwZ 2001, 547).

b) Unter den Umständen des vorliegenden Falles ist eine sinnvolle Beteiligung des Antragstellers an den familiengerichtlichen Verfahren nicht (mehr) von seiner weiteren Anwesenheit im Bundesgebiet abhängig.

aa) Im Verfahren 62 F 1828/20 UG wurde bereits eine Umgangsregelung getroffen. Ob der dort vereinbarte Umgang mit dem Sohn einer Aufenthaltsbeendigung entgegen steht, ist keine Frage eines verfahrensbezogenen Duldungsanspruchs, sondern der materiellen Rechtmäßigkeit (Verhältnismäßigkeit) der Ausweisung (s.o. Ziff. 3 aa)). Die familiengerichtliche Akte enthält keine Anhaltspunkte dafür, dass in dem Umgangsverfahren in absehbarer Zeit weitere Entscheidungen anstehen. Soweit der Antragsteller im Beschwerdeverfahren angekündigt hat, das Sorgerecht für und ein Zusammenleben mit dem Sohn anzustreben, ist noch nicht einmal ersichtlich, dass diesbezüglich schon ein konkretes familiengerichtliches Verfahren anhängig ist. Im Übrigen erscheint es angesichts des Inhalts der Akte des Umgangsverfahrens sehr unwahrscheinlich, dass der Antragsteller in nächster Zeit ein Sorgerecht erhalten und den Sohn zu sich holen können wird. Soweit aus der Akte ersichtlich, kennt der Sohn den Antragsteller bislang kaum (vgl. den Bericht seiner Verfahrensbeiständin vom 12.10.2020 in der Akte AG Bremen – 62 F 1828/20 UG, Bl. 52 f.).

bb) Im Sorgerechts- und Vaterschaftsfeststellungsverfahren die Tochter betreffend ist ebenfalls nicht ersichtlich, dass eine Anwesenheit des Antragstellers im Bundesgebiet notwendig ist. Nach dem Vortrag des Antragstellers ist sowohl eine Vaterschaftsanerkennung als auch ein gemeinsames Sorgerecht von der unverheirateten

Kindsmutter gewünscht. Ein gerichtliches Verfahren mag ursprünglich notwendig gewesen sein, weil die Inhaftierung des Antragstellers im Zusammenspiel mit den Besuchsbeschränkungen in der JVA wegen der Corona-Pandemie eine Beurkundung von Vaterschaftsanerkennung und Sorgerechtserklärung verhindert haben. Diese Hindernisse sind indes beseitigt; der Antragsteller ist aus der Haft entlassen. Die pauschale Behauptung des Antragstellers, das Jugendamt weigere sich nach wie vor eine Vaterschaftsanerkennung und Sorgerechtserklärung zu beurkunden, ist nicht glaubhaft. Das Jugendamt hat mit Schreiben vom 24.09.2020 an das Familiengericht ausdrücklich mitgeteilt, dass bei ihm die Vaterschaft anerkannt und eine gemeinsame Sorgerechtserklärung abgegeben werden könne, wenn der Antragsteller und die Kindsmutter dies einvernehmlich wünschen (vgl. Bl. 16 d. A. AG Bremen – 69 F 1829/20 SO). Würden die Kindseltern diesen Weg gehen, hätten sich das gerichtliche Vaterschaftsfeststellungsverfahren und die dort geplante Einholung eines Abstammungsgutachtens erledigt. Im Übrigen legt der Antragsteller nicht konkret dar, wieso ein Abstammungsgutachten nicht eingeholt werden könnte, wenn er sich im Ausland befindet.

5. Allerdings darf die Antragsgegnerin den Antragsteller nicht abschieben, bevor die im Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vom 09.10.2020 gesetzte einwöchige Ausreisefrist abgelaufen ist (OVG Bremen, Beschl. v. 30.10.2020 – 2 B 318/20, juris Rn. 8, 10). Anhaltspunkte dafür, dass die Antragsgegnerin diese Pflicht missachten wird, liegen nicht vor. Daher besteht kein Bedürfnis, diesbezüglich eine einstweilige Anordnung zu erlassen.

6. Die Kostenentscheidung beruht auf § 154 Abs. 2 VwGO. Die Streitwertfestsetzung beruht auf § 47 Abs. 1, § 53 Abs. 2, § 52 Abs. 1 GKG und berücksichtigt Ziff. 1.5, 8.2 der Empfehlungen des Streitwertkatalogs für die Verwaltungsgerichtsbarkeit. Bei dem Antrag auf Erteilung einer Duldung handelt es sich um einen Hilfsantrag. Zwar hat der Antragsteller dieses Begehren in den Beschwerdeanträgen nicht ausdrücklich hilfsweise formuliert. Er ist aber der vom Verwaltungsgericht im angefochtenen Beschluss vorgenommenen Auslegung als Hilfsantrag auch nicht entgegengetreten. Daher versteht der Senat diesen Antrag ebenfalls als Hilfsantrag. Der Hilfsantrag wirkt vorliegend gemäß § 45 Abs. 1 Satz 3 GKG nicht streitwerterhöhend (vgl. OVG Bremen, Beschl. v. 12.03.2020 – 2 B 19/20, juris Rn. 37).

III. Der Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe für das Beschwerdeverfahren ist abzulehnen, da der Antragsteller eine Erklärung über seine persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht vorgelegt hat.

Dr. Maierhöfer

Traub

Stybel